

Mit der Herdpauschale zurück zu alten Rollenbildern? pro familia Berlin hält Betreuungsgeld für eine Fehlentscheidung

pro familia Berlin fordert die neue Bundesfamilienministerin und die schwarz-gelbe Koalition auf, auf das geplante Betreuungsgeld zu verzichten. Danach sollen Eltern, die ihre unter drei Jahre alten Kinder zu Hause betreuen, künftig rund 150 Euro im Monat erhalten. pro familia Berlin schließt sich damit dem offenen Brief von 16 Sozialverbänden, darunter dem pro familia Bundesverband, an.

Das geplante Betreuungsgeld ist grundsätzlich kontraproduktiv und verstößt auch nach Ansicht der pro familia Berlin gegen grundlegende Prinzipien der Elternautonomie, da eine Entscheidung, wie Eltern ihre Kinder betreuen, nicht prämiert, honoriert oder bestraft werden sollte. Es konterkariert damit die gleichstellungspolitischen, sozialpolitischen und familienpolitischen Ziele, für die sich pro familia seit Jahren einsetzt. pro familia Berlin befürchtet einen Rückschritt in die 70er Jahre. Mit dem zu Recht als „Herdpauschale“ bezeichneten Betreuungsgeld geht es zurück zu alten Rollenbildern. In den klassischen Vater-Mutter-Kind Familien müssten tendenziell wieder eher die Frauen länger zu Hause bleiben, da die Männer – wie zahlreiche Studien belegen - immer noch mehr verdienen können. Auch wird die Abhängigkeit von staatlichen Hilfen weiter forciert, weil für die Mehrzahl der Familien schon jetzt das Elterngeld nicht ausreicht, um ein, geschweige denn zwei Jahre zu Hause bleiben zu können und eine Mutter sich und ihr Kind von 150 € Betreuungsgeld im Monat nicht ernähren kann.

Die FDP will das Betreuungsgeld an manche Familien statt Barzahlung in Form von Gutscheinen aushändigen. Dieses Geld sollte jedoch nach unserer Ansicht direkt in ein besseres und flexibleres Kitabetreuungssystem investiert werden. Junge Mütter werden nach unseren Erfahrungen in der Beratungsarbeit durch ein drittes Jahr zu Hause weiter isoliert – vor allem wenn sie durch einen Arbeitsplatzwechsel gezwungen waren, auch den Wohnort zu wechseln. Hinzu kommt, dass es für Arbeitgeber weniger attraktiv werden könnte, eine Frau einzustellen, da die Reintegration in den alten Arbeitsplatz nach drei Jahren zusätzlich stark erschwert wird. Die Aushändigung von Gutscheinen für pädagogisch betreute Mutter-Vater-Kind-Gruppen unterstellt darüber hinaus, dass Eltern mit geringem Einkommen nicht verantwortungsbewusst und im Interesse der Kinder haushalten könnten.

Auch die Erhöhung des Kindergeldes hält pro familia Berlin für höchst problematisch. Dieses Geld erreicht ohnehin nur Familien, die sich ohne staatliche Hilfen finanzieren können, da das Kindergeld sonst komplett als Einkommen verrechnet wird. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass der Staat nur bestimmten Kindern in unserer Gesellschaft einen höheren finanziellen Bedarf zugesteht als anderen. Auch die Gruppe der Alleinerziehenden, die in Berlin besonders hoch ist, profitiert größtenteils nicht von der Erhöhung.

Pressekontakt: Almut Weise und Nursen Aktas, Tel. 2147 64 14

pro familia Berlin setzt sich seit über 40 Jahren für die Interessen von Frauen, Männern, Jugendlichen und Kindern auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Rechte ein. pro familia ist ein gemeinnütziger Verein in freier Trägerschaft und parteipolitisch und konfessionell unabhängig. Der Landesverband Berlin wurde 1964 gegründet und verfügt über ein Beratungszentrum dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich etwa 20.000 Menschen in persönlichen Gesprächen oder telefonischen Kontakten erreichen. Der pro familia Bundesverband hat seinen Sitz in Frankfurt/Main und setzt sich aus 16 Landesverbänden zusammen. Der Bundesverband der pro familia gehört national wie europaweit zu den bedeutendsten nichtstaatlichen Dienstleistern der Sexualpädagogik, Familienplanungs-, Sexual- und Schwangerschaftsberatung. In den 180 Beratungsstellen in Deutschland finden Menschen aller Religionen und Nationalitäten fachlich und menschlich qualifizierten Rat.